

# Wie die Digitalisierung die Wirtschaftspolitik der SP Schweiz verändern sollte

Von Leo Keller, Aarau

## 1. Vorbemerkungen

Weshalb tut sich die SP Schweiz so schwer mit der Digitalisierung? Weshalb unternehmen unsere GenossInnen im Parlament meist nur defensive Vorstösse, um unerwünschte Wirkungen des Internets und der Digitalisierung zu verhindern? Und weshalb überlassen wir die Gestaltung dieser technisch/industriellen/gesellschaftlichen Revolution meist den andern?

Eigentlich müssten wir SozialdemokratInnen diese neue Form der „Entfesselung der Produktivkräfte“ doch aktiv begrüßen und fördern – auch um ihre Implementierung so mitzugestalten, dass sie im Interesse aller weiterentwickelt und geformt wird. Denn dies ist nicht selbstverständlich.

Und vorallem müssen wir aktiv auf allen Ebenen der Wirtschaftspolitik eingreifen um sicherzustellen, dass die enormen Effizienzgewinne, die die Digitalisierung mit sich bringt, gerecht verteilt werden, den Arbeitnehmern, dem Kapital und den Konsumenten.

Technologische Entwicklungen sind nie objektiv oder wertneutral und erfolgen nie zwangsläufig. Sie werden durch viele Kräfte und Interessen gesteuert. Deshalb müssen wir darauf Einfluss nehmen. Das können wir aber nur, wenn wir uns aktiv und früh und lautstark einmischen – nicht um sie zu verhindern oder zu bremsen, sondern um sie so mitzugestalten, dass sie den Interessen der Arbeitenden und der Konsumierenden auch wirklich Rechnung tragen.

Obwohl klar ist, dass die Digitalisierung Befreiung von sinnlösender, schwerer Arbeit ermöglichen könnte, obwohl wir dank ihr dem sozialdemokratischen Traum einer freien, gerechten Gesellschaft, in der alle Menschen gemäss ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten ein menschenwürdiges Leben führen können, näher kommen könnten, stehen viele SozialdemokratInnen der Digitalisierung skeptisch, desinteressiert bis ablehnend gegenüber. In den meisten Fällen betonen wir SozialdemokratInnen die befürchteten negativen Auswirkungen und beteiligen uns kaum an den gestaltenden Diskussionen der neuen Möglichkeiten.

Ich bin überzeugt, dass jetzt eine andere Haltung not tut – die Digitalisierung erfordert dies. Diese soll mit diesem Papier skizziert werden. Dieser Artikel ist ein erster Schritt. Er erhebt keinen Anspruch auf

Vollständigkeit. Er soll auch Widerspruch erzeugen – damit werden wir gemeinsam an unserer Aufgabe wachsen, eine sozialdemokratische Antwort zu finden auf die Frage, wie wir die Digitalisierung und die digitalisierte Wirtschaft und Arbeit mitgestalten können, damit die gesellschaftliche Kohäsion erhalten bleibt und damit wir unserem Traum einer freien, gerechten Gesellschaft deutlich näher kommen können.

## **2. Von den Mühen der SP Schweiz mit der Wirtschaftspolitik**

Die Debatten der SP Schweiz über ihre jeweilige Wirtschaftspolitik waren oft mühsam, langwierig und fast immer von (bürgerlicher) Häme begleitet. Seit der Finanzkrise und der daraus folgenden Wirtschaftskrise wurde diese Häme etwas leiser denn die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind zu offenkundig geworden. Der Staat musste massiv eingreifen und Unternehmen retten, um noch viel Schlimmeres zu verhindern. Weite Teile der Weltbevölkerung sind noch tiefer respektive wieder in die Armut abgerutscht: Kriege und Flüchtlingsströme sind unter anderem auch Folgen dieser Verarmung. Der globale (Raubtier)-Kapitalismus hat die Weltwirtschaft 20 Jahre nach dem politischen Zusammenbruch des sogenannten Kommunismus an den wirtschaftlichen Abgrund geführt.

Trotz dieser grossen globalen Verwerfungen hat die Schweizer Wirtschaft kaum Schaden genommen. Denn der Schweiz geht es im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut. Der Grossteil der SchweizerInnen arbeitet nicht in Firmen, bei denen die Raubtier-Kapitalisten den Ton angeben. Rund  $\frac{3}{4}$  der ArbeitnehmerInnen arbeiten in staatlichen, staatsnahen Betrieben oder in KMU mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Hier herrschen meist völlig andere Bedingungen und Realitäten als in den öffentlich diskutierten globalen Unternehmen. Ausbeutung und Unterdrückung, wie sie im globalen Massstab vorkommen, sind bei uns kaum ein Thema, das breitere Schichten direkt betrifft. Und diese wirtschaftspolitischen Realitäten herrschen seit langem vor. Sie machten uns Schweizer aber alle eher zufrieden und selbstgerecht – und verhinderten eher eine sorgfältige Diskussion der Ungerechtigkeiten und Widersprüche im Schweizerischen Wirtschaftssystem.

Es ist deshalb verständlich, dass die bisherige Wirtschaftspolitik-Debatte der Linken seit langem von den folgenden Annahmen/Paradigmen geprägt ist:

- Arbeitsplätze schaffen einerseits der Staat (das sind „gute Arbeitsplätze“) und andererseits die Kapitalisten – die muss man genauer kontrollieren.
- Private Arbeitsplätze schaffen eher die Anderen, namentlich die Unternehmer, Gewerbler und Kapitalisten nicht wir Linke – uns fehlt auch das Kapital.
- Linke kümmern sich primär um Verteilgerechtigkeit, Arbeitsplatz-Qualität und gesellschaftliche Rahmenbedingungen (Gleichberechtigung, Umwelt, Kinderbetreuung, Bildung, etc.)
- Arbeitsfrieden (resp. Arbeitskampf) und Sozialpartnerschaft sind die primären Instrumente der Linken, damit Wirtschaftswachstum und Verteilgerechtigkeit erreicht und erhalten werden sollen.
- Da in der Schweiz die Wirtschaftspolitik traditionell sehr liberal ist (Anti-Keynesianismus), hat die Linke in der Schweiz wenig Tradition in der Debatte einer staatlich geführten Wirtschaftspolitik, da diese von der bürgerlichen Mehrheit ja gar nicht formuliert und umgesetzt wurde.
- Die Linke beschränkte sich darum in den letzten Jahren bisher vor allem darauf, die Privatisierung der staatlich kontrollierten Unternehmen und Prozesse zu verhindern (POST; Telecom, Bahn, etc.).
- Auch die betriebliche Mitbestimmung hat bei uns in der praktischen Politik wenig Tradition – obwohl lange unser Wirtschaftsprogramm dominierend – und hat auch wenig überzeugende Konkretisierungen in den betrieblichen Realitäten gefunden.
- Die Genossenschaft als Wirtschaftssubjekt hat zwar in der Schweiz eine lange Tradition – vor allem in der Verwaltung von Immobilien und Boden –, die neue Genossenschaftsbewegung, die nach 1968 viele Firmen (oft Beizen, Druckereien) gegründet hatte, ist aber weitgehend in den Krisen/Strukturwandel-Prozessen der 90iger Jahre wieder verschwunden.

Es mag gute Gründe geben, dass die SozialdemokratInnen mit dieser eher passiven, reaktiven Wirtschaftspolitik recht gut gefahren sind. Aber die Digitalisierung verändert nun die Wirtschaft national und global in einer Weise, dass auch die Schweiz, wenn sie ihren Spitzenplatz – und die damit verbundenen Arbeitsplätze – im globalen Wettbewerb behalten will, ihre Wirtschaftspolitik auf breiter Front verändern muss. Und deshalb sind auch die SozialdemokratInnen gefordert, ihre Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Digitalisierung grundsätzlich zu überdenken.

### **3. Die Digitalisierung stellt die Wirtschaft in vielen Bereichen auf den Kopf**

Die Digitalisierung verändert nicht nur die Gesellschaft, weil sie ihr völlig neue Instrumente zur Verfügung stellt (iPhone, iCar, Amazon, Facebook, etc.), die Digitalisierung verändert direkt und indirekt natürlich auch die Wirtschaft selbst – sowohl in ihren Inhalten, Produkten und Services als auch in ihren technischen und wirtschaftspolitischen Prozessen. Einige der aus gesellschaftspolitischer Sicht wichtigen Veränderungen sollen kurz skizziert werden, weil sie für unsere Digitale Wirtschaftspolitik wichtig werden sollten.

#### **a) Drastische Reduktion der Kapitalinvestitionen, um Innovation und Arbeitsplätze zu schaffen**

In den bisherigen industriellen Revolutionen waren immer sehr grosse Kapitalakkumulationen notwendig, um die möglichen technischen Innovationen zu realisieren. Die Kapitalakkumulation erforderte u.a. grosse Ausbeutungs- und Unterdrückungsprozesse – mit den entsprechenden sozialen und politischen Folgen. Dampfmaschinen, Eisenbahnen, aber auch die Herstellung von Computern erforderten grosse Kapitalinvestitionen, die nur wenigen möglich waren oder die durch den Staat erfolgten.

In der Digitalisierung ist das grundsätzlich anders. Die Entwicklung von intelligenten Softwarelösungen ist heute mit wenig Kapital möglich, z.T. können sie sogar in der Freizeit oder mit moderater Selbstaussbeutung realisiert werden. Das notwendige Kapital für die Schaffung eines Arbeitsplatzes wurde selbst im Vergleich zu den 1970-80iger Jahren massiv reduziert.

Dies hat zur Folge, dass grosse Kreise von Fachleuten mit relativ wenig Kapital, aber mit Ideen und Kompetenzen Firmen (meist Start-ups) gründen, Innovationen entwickeln und am Markt erfolgreich sein können (In der Schweiz werden (pro Einwohner) nach Israel weltweit am meisten Start-ups gegründet).

Dies führt zu einer deutlichen Demokratisierung der Wirtschaft, da immer mehr Menschen als Unternehmer aktiv die wirtschaftliche Entwicklung mitgestalten. Sie erhält sie frisch und innovativ und schafft Arbeitsplätze zu deutlich günstigeren Konditionen, als die traditionelle Industrie dies kann. Dies muss – gerade aus sozialdemokratischer Sicht erhalten und gefördert werden.

## **b) Sicherung und Ausbau der Digitale Infrastruktur, Erhalt der Netzneutralität und freier Zugang zu Daten, Wissen und Können für alle**

Die Internet-Infrastruktur gehört heute zu den zentralen Elementen der systemrelevanten Infrastruktur, für die der Service Public zuständig sein muss. Für die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft, vorallem auch der KMU und der Betriebe in den Randregionen und deren Arbeitsplätze, ist ein permanenter Ausbau notwendig.

Das global gültige Prinzip der Netzneutralität – demzufolge Datenpakete gemäss ihrer zeitlichen Rangfolge weitergeleitet werden und nicht nach Massgabe der Zusatzpreise, die die Absender gewillt sind zu bezahlen, ist ein weiteres zentrales Kernelement einer Demokratisierung der digital betriebenen Wirtschaft.

Ein Grossteil des Wissens ist heute – dank dem Internet und der Open Data Bewegung – für alle praktisch kostenlos zugänglich. Die Open Source-Bewegung (viele Programmierer und Firmen teilen ihre Software mit allen anderen – „ich gebe meinen (wenigen) Code frei und erhalte unendlich viel Software-Code praktisch gratis zurück“ – erlaubt es einer sehr grossen Zahl von Einzelnen, Gruppen, Netzwerken, Gemeinschaften und kleineren und grösseren Firmen, mittels öffentlichen Daten und dem (schnell wachsenden) Pool an Open-Source-Software-Systemen mit relativ wenig Aufwand neue software-getriebene Produkte und Services zu entwickeln und zu vertreiben. Auch dies senkt wieder die (Arbeitsplatz)-Kosten und erlaubt einer grossen Zahl von Menschen, unternehmerisch aktiv zu werden, unabhängig von grossen Konzernen und Kapitalgebern. So entstehen auch neue Produkte, Apps etc. aus der Perspektive von Bürgern, Bauern, Handwerkern, Kleinunternehmen in vielen Sektoren der Wirtschaft und Regionen der Welt, die von Grossunternehmen nie entwickelt worden wären.

## **c) Deutliche funktionell/strategische Aufwertung der einzelnen Mitarbeitenden in vielen Bereichen digitaler Technologien und digitaler Innovationen.**

Digitale Technologien verändern die Macht- und Einflusststrukturen in Unternehmen und Organisationen. Die Verfügbarkeit praktisch sämtlicher relevanter Daten für alle Mitarbeitenden reduziert die Macht der Führungsebenen (die oft nur dank dem Mehr an Information wirksam war) und erhöht die Wirksamkeit der Mitarbeitenden, auch da sie (alleine) noch zusätzlich über die nicht-digitale Informationen vor Ort verfügen.

Aus verschiedenen Untersuchungen ist deutlich geworden, dass digitale Innovationen in Unternehmen nur dann schnell genug und gut genug

eingeführt werden können, wenn die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wirklich mitziehen, ihre Erfahrung, Kompetenz und Beobachtungen aktiv einbringen wollen und können.

Beide Aspekte – die Reduktion der Macht der Führungsebene und die Erhöhung der Wirksamkeit der Mitarbeitenden - erhöhen die strategische Bedeutung der Mitarbeitenden, die ihren Niederschlag in veränderten Rollen, Zusammenarbeitsformen und kodifizierten Mitwirkungsrechten (betriebliche und branchenorientierten) finden können.

#### **d) Einfachere Beschaffung dank Plattformen – Sharing Economy kann vieles verändern**

Plattformen wie Airbnb und Uber haben es uns ins Bewusstsein gehämmert: die Plattform-Technologie erlaubt es, für relativ wenig Geld, KonsumentInnen und Anbieter für fast jedes Gut und jede Dienstleistung auf höchst einfache Weise, aber sehr effizient, zusammenzubringen. Dies erschliesst auch neue (bisher oft ungenutzte) Ressourcen und oft auch neue Kundschaften. Und diese Plattformen können alte Prozesse und Dienstleistungen disruptiv verändern oder sie sogar gefährden. Dies gilt auch für viele Prozesse der Wirtschaft, z.B. für die:

- **Kapitalbeschaffung:** Unternehmen können Kapital aufnehmen, das ihnen von den Banken nicht gewährt würde, und erst noch viel einfacher und kostengünstiger – viele Privatpersonen können sich mit kleinen Beträgen beteiligen und erhalten deutlich mehr Zins als auf der Bank oder bei Staatsanleihen (Beispiel: Kapitalbeschaffung der Winterthurer Telcom Firma init7 ( [www.init7.net](http://www.init7.net) ). Damit werden Banken früher oder später massiv konkurrenziert.
- **Arbeitsbeschaffung:** Fachleute können leicht über Plattformen Aufträge finden, kleinere und mittelständige Firmen können sehr schnell über die gleichen Plattformen Fachleute finden, die sie nie anstellen könnten (z.B. <http://expertisefinder.com/> ). Für digitale Arbeiten kann dies im internationalen Rahmen geschehen. Für physische Arbeiten ist das im regionalen Rahmen ebenfalls leicht möglich (z.B. [www.mila.com](http://www.mila.com) ).

Die Liste der Einsatzarten und Einsatzorte der Plattform-Technologie lässt sich beliebig verlängern. In den Sektoren Einkauf, Innovation, Handel, Übersetzungen, Graphik, Recherchen, etc. sind Plattformen bereits gut bekannt. Das Gemeinsame an ihnen ist, dass Akteure, die bisher fast keine Chance hatten zusammenzukommen, plötzlich neue Leistungen erbringen/einkaufen können. Dadurch entstehen viele neue

Geschäftsmöglichkeiten – vor allem auch für Einzelne, Gemeinschaften, Kleinunternehmen und innovative Projekte. Natürlich treten hier auch neue Risiken auf, da traditionelle Kontrollprozesse ausgehebelt werden können. Dies kann aber durch entsprechende lokale, nationale, internationale oder Branchen-Regelungen u.a. in den Bereichen Arbeitsrecht, Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht, Datenschutz etc. aufgefangen werden. (vgl. auch die Papiere von Pascale Bruderer zur sozialen Absicherung der Digitalen Transformation)

### **e) Netzwerk-Ökonomie führt zu natürlichen, globalen oder regionalen Monopolen**

Die bekanntesten Beispiele für die Netzwerk-Ökonomie sind Google und Facebook. Beide Unternehmen profitieren stark von den Prinzipien der Netzwerk-Ökonomie, die dann wirkt wenn der Nutzen für alle Einzelnen zunimmt, je grösser die Zahl der Nutzenden wird (positive Rückkopplungsverstärkung). Wenn zudem das Produkt noch kostengünstiger ist – weil es viele Nutzende hat – wird es über kurz oder lang keinen Wettbewerber mehr geben: das natürliche Monopol ist geschaffen. Damit kann unsere Wirtschaftsordnung nicht gut leben, denn viele Probleme werden (theoretisch) nur durch den Markt, durch den Wettbewerb gelöst. Eine Zerschlagung dieser natürlichen Monopole – das übliche Argument der Kartellbehörde – ist aber nicht möglich/sinnvoll, es bleibt nur die gesellschaftliche Kontrolle. Dies ist aber eine neue Aufgabe, die noch nicht von der Politik akzeptiert ist.

Solche digitalen Monopole können auch regional oder in einzelnen Sektoren entstehen. Sie bedrohen grundsätzlich die freie Wirtschaft und die Gesellschaft, weil der Monopolist automatisch dazu verleitet wird, die für wirtschaftliche und/oder politische Vorteile zu nutzen, Darum müssen sie wirksam kontrolliert werden.

Die jüngsten Urteile der EU gegen Google ist ein Beispiel dafür. Hier müssen wir aktiv werden, die Stimme erheben und das Recht auf Kontrolle dieser Monopole einfordern, um sicherzustellen, dass sie ihr Monopol nicht für eigene Interessen (wirtschaftliche/politische Vorteile) missbrauchen. „Faire Suche/Anzeige“ bei Google und „faire Anzeige“ bei Facebook sind mögliche Konzepte, die diskutiert und weiterentwickelt werden müssen.

## **f) Der mobile Arbeitsplatz – die Entkopplung von Arbeit und „Wirkungsort“**

Ein leistungsfähiges Internet, verbunden mit digitalen persönlichen Arbeitsinstrumenten, erlaubt sehr vielen Arbeitnehmenden, einen Grossteil ihrer Arbeitsleistungen auch ausserhalb ihres firmeninternen Arbeitsplatzes und auch ausserhalb der Norm-Arbeitszeiten erledigen zu können, ohne dass die Qualität oder der Nutzen für die Firma geschmälert werden. Mit der absehbaren Entwicklung bei den selbstfahrenden Autos ergeben sich noch weitere Möglichkeiten – der „wirklich mobile Arbeitsplatz“. Dieses relativ neue Gestaltungspotenzial wird bereits in beide Richtungen genutzt.

Die Mobilität des Arbeitsplatzes eröffnet viele Chancen für den Arbeitnehmer und die Unternehmen, aber stellt ein paar neue Fragen:

- Mitarbeitende wollen einen Teil der Arbeit ausserhalb des betrieblichen Arbeitsplatzes erledigen können (Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Beruf und Freizeit oder genügend Zeit für Weiterbildung).
- Mitarbeitende wollen auch ihre Reisezeit (im ÖV) für ihre Arbeit nutzen und verlangen die Anerkennung dieser Arbeitszeit.
- Unternehmen stellen nicht mehr für jeden Mitarbeitenden einen Arbeitsplatz zur Verfügung und nötigen so die Mitarbeitenden, entweder sehr früh zu erscheinen (um sicher einen Arbeitsplatz zu haben) oder sich um einen externen Arbeitsplatz (Home Office /Co-Working Space / Public Working Space etc.) zu kümmern.

Es ist klar, dass die Digitalisierung des Arbeitsplatzes für viele Arbeitnehmende grosse Vorteile bringt. Es tauchen aber auch neue Risiken auf, die durch die Sozialpartner und den Gesetzgeber bald gelöst werden müssen.

## **g) Die Gleichzeitigkeit der disruptiven Wirkungen der Digitalisierung auf alle Branchen der Wirtschaft und deren Geschäftsprozesse – die globale Digitale Transformation**

Anders als frühere industrielle Revolutionen zeichnet sich die Digitalisierung dadurch aus, dass sie sehr rasch (innert 5-10 Jahren) praktisch die gesamte Wirtschaft und alle Prozesse erfassen wird. Es gibt aber erst wenige gute Untersuchungen, die uns erlauben, eine quantitative Prognose über die Wirkungen der Digitalisierung zu machen. Verschiedene Entwicklungen werden gleichzeitig ablaufen und sich z.T. kompensieren, aber auch



verstärken. Wie sich das auf die Schweiz auswirken wird ist völlig offen, aber stark auch davon abhängig, was in der Wirtschaftspolitik geschieht. Die richtige Wirtschaftspolitik kann hier viel bewirken. Zurzeit sind die folgenden Wirkungen bekannt:

- **Effizienzsteigerung:** digitale Prozesse werden über kurz (3 Jahre) oder lang (10 – 15 Jahre) in sehr vielen Geschäftsprozessen massive Effizienzgewinne verursachen. Für Industrie-Gesellschaften rechnet man damit, dass 40 – 50% der bestehenden Arbeitsplätze durch die Digitalisierung wegfallen/ durch „Roboter“ ersetzt werden. In einzelnen Prozessen sind aber bereits Effizienzgewinne im Faktor 1000 und mehr realisiert worden (Beispiel: Instagram mit 150 MA ersetzt Kodak mit 150,000 MA)).
- Die Digitalisierung der klassischen Industrie und Dienstleistungsbetriebe (inkl. Verwaltung) wird aber selber auch einen **Innovationsschub** auslösen, der selber wieder – vorübergehend? – zu neuen Produkten und Innovationen und Beratungen führen wird, was – vorübergehend? – neue Arbeitsplätze schaffen wird.
- Die Digitalisierung führt – schon heute – vorallem in der neuen Branche der Digitalwirtschaft (z.B: Google) zu ganz neuen Produkten und Prozessen, die **nachhaltige Arbeitsplätze** schaffen – z.B. Webdesign, Datascientist, KI-Experten etc.. Sie erfordern aber auch ganz neue Qualifikationen (Beispiel: Kaufhaus versus online-Versandhandel).
- Die Digitale Revolution führt zu **neuen Produkten und neuen Qualitäten**, die sich die Gesellschaft auch leisten will – z.B. werden Operationsroboter in der Chirurgie in Zukunft Operationen möglich machen, die heute auch die besten Operateure nicht leisten können (Beispiel: Weichteil-Operation).
- Voraussichtlich werden nicht alle Volkswirtschaften in den „Digitalen Märkten“ gleich erfolgreich sein. Auch diese industrielle Revolution wird geographische **Gewinner und Verlierer** hervorbringen. So kann z.B. die erfolgreiche Einführung der Roboter in der Pflege in den Hersteller-Regionen zu einem eigentlichen Wirtschaftswachstum führen, wohingegen in anderen Regionen die Arbeitslosigkeit wegen den Robotern grassieren wird.
- Die Rückintegration der Supply Chain kann die Arbeitsplätze aus China wieder zurück holen. Besonders dank der 3-D-Druck-Technologie kann die Herstellung von Gebrauchsgüter wieder zurück ins Dorf oder Quartier kommen – wenn wir es richtig machen.

All dies sind Illustrationen einer enorm grossen, nicht vorhersagbaren, nicht überschaubaren technologischen Umwälzung, für die wir primär die adäquaten Rahmenbedingungen, Infrastrukturen, einer Innovationskultur aber auch soziale Absicherungen bereitstellen müssen. Diese Veränderungsprozesse sind aber auch hervorragende Opportunitäten für agile und innovative Unternehmen und für Volkswirtschaften, die in der Lage sind, in diesem Innovationssturm aktiv und erfolgreich mitzuwirken.

#### **4. Die Digitalisierung macht eine aktive und umfassende Wirtschaftspolitik der SP Schweiz unumgänglich**

Es ist unbestritten: Die Digitalisierung ist seit mehr als 20 Jahren am Laufen und hat jetzt eine grosse und öffentliche Wirksamkeit und Sichtbarkeit erreicht. Die Zeitungen sind voll davon, und die Tagungsorganisatoren bieten laufend Veranstaltungen zur „Meisterung des digitalen Wandels“ an. Es ist auch keine Frage: Es geht für uns und für die Schweiz darum, die digitalen Innovationen mitzugestalten, vorne dabei zu sein. Für die einzelnen Unternehmen geht es zusätzlich darum, ihre eigenen Prozesse zu reformieren, Mitarbeitende aktiv zu involvieren und ihre Fachkompetenzen weiterzuentwickeln.

Aber was müssen wir als Gesellschaft, was müssen wir als Partei tun, um die Schweizer Wirtschaft insgesamt wettbewerbsfähig zu erhalten? Genügt es – wie vom Bundesrat immer wieder betont – , unsere bewährten Prozesse der indirekten Förderung etwas zu optimieren, das Duale Bildungswesen zu stärken und die bewährten Rahmenbedingungen (Steuern, Vorschriften) zu verbessern? Oder müssen wir gar sozialen Strukturabbau betreiben und Arbeitsvorschriften anpassen oder abbauen?

Fast alle, die sich mit der Digitalisierung seit längerem (und auch von Innen) beschäftigen, sind sich einig: Ob die Schweiz, ihre Gesellschaft und ihre Wirtschaft ihren herausragenden Platz in der globalisierten Wirtschaft behaupten kann, wird entscheidend davon abhängen, ob unsere Unternehmen, unsere Verwaltungen, Institutionen und Schulen sich die Fähigkeit zur disruptiven Innovation und zum Wandel rechtzeitig angeeignet haben werden. Sicher ist das gar nicht und es gibt viele Indizien, dass wir besorgt sein sollten.

Damit dies doch gelingen kann, sind ernsthafte Anstrengungen auf sehr verschiedenen Ebenen nötig – vor allem auch auf der politischen. Denn viele dieser Handlungsebenen erfordern, dass sich die vorgelagerten Prozesse ebenfalls und rechtzeitig verändert haben werden. Digitale Wirtschaftspolitik ist deshalb vielschichtig und geht weit über die traditionellen Elemente der bisherigen schweizerischen Wirtschaftspolitik hinaus.

Unsere neue sozialdemokratische digitale Wirtschaftspolitik beschäftigt sich deshalb gleichzeitig mit verschiedenen Ebenen, die gemeinhin nicht dazu gezählt wurden. Und sie ist vom Ziel getragen, für die Volkswirtschaft die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese in der digitalisierten Weltwirtschaft in allen Sektoren vorne mitwirken kann und auch in Zukunft gute und nachhaltige Arbeitsplätze anbieten wird; dass sie jene Menschen vorfindet, die die nötigen Qualifikationen haben oder sie sich erwerben können; und dass sie sich auf ein soziales Umfeld abstützen kann, welches dafür sorgt, dass die Gesellschaft mit der Wirtschaft in einem konstruktiven Dialog steht und dass die soziale Kohäsion in der Gesellschaft langfristig gesichert ist. **Dies setzt ganz zentral voraus, dass es uns gelingt, dass die enormen Effizienzgewinne der Digitalisierung fair zwischen den Akteuren Arbeit, Kapital und Konsument verteilt werden und nicht nur vorwiegend vom Kapital abgeschöpft werden.**

Aus einer strategischen Perspektive der **Digitalen Wirtschaftspolitik** ergeben sich die folgenden politischen Handlungsfelder:

- **Sicherung der Open-Politik, der Internet-Neutralität und des permanenten Netzausbaus** (Service Public). Es ist sehr wichtig, dass es uns gelingt in der Schweiz die Prinzipien von Open Data, Open Governmental Data und Open Source-Beschaffung konsequent durchzusetzen, dass die Internet-Neutralität – auch gegen die Swisscom – erhalten bleibt und der Netzausbau massiv vorangetrieben wird. Dies sind wichtige Voraussetzungen, damit vor allem die Start-ups, die KMU, die Gemeinschaftsunternehmen – auch in den Randregionen – auch weiterhin wettbewerbsfähige Voraussetzungen vorfinden können.
- **Abbau von strukturellen Hindernissen** zum Schutz der Grossindustrie/Banken/Versicherungen – strukturelle Förderung der digitalen Innovationen, die von Start-up/KMU-Firmen getrieben werden (z.B. FINMA Regulationen etc.). In vielen Bereichen bestehen administrative oder Prozess-Hürden, die sich an den traditionellen Branchen orientieren, die aber für einen Start-up – meist aus Kostengründen – nicht zu meistern und auch nicht angemessen sind. (Beispiel: FINTECH-Start-ups werden schnell zur Kategorie der Vermögensverwalter geschlagen. Damit sie aber erste kleine Projekte mit Kunden machen können, benötigen sie eine FINMA-Zulassung, was mit Kosten von rund 0,5 Mio verbunden wäre.)
- **Strukturelle Förderung** von (auch virtuellen) Gemeinschaftsunternehmen bei der Einführung von neuen Produkten / Services / Arbeitsbeschaffungen / Kapitalbeschaffung – Förderung der

Plattform-Ökonomie / Crowd-Sourcing / Crowd-Working / Crowd-Innovation / Crowd-Financing: Die meisten dieser Vermittlungsprozesse finden in Geschäftssektoren statt, die reguliert sind. Die Regulierungen gehen aber von völlig anderen Rahmenbedingungen aus. Auch hier sollte den besonderen Umständen der Digitalisierung und den Bedingungen der Start-up-Firmen besser Rechnung getragen werden.

- Formulierung / Anpassung und Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen, ethischen und ökologischen **Standards** an die Bedürfnisse der Digital-Wirtschaft resp. Entwicklung von gesetzlichen / gesellschaftlichen Normen, die die bestehenden sozialpolitischen Errungenschaften nicht abbauen, aber auch die Innovationen nicht verhindern dürfen. Dies ist besonders dringend im Bereich des Crowd-Working, der Vermittlung von digitalen Arbeiten über Plattformen.
- Strategische Planung und Aufbau eines breiten **Weiterbildungsprogramms für alle Branchen**, das auch dazu führt, dass der Grossteil der neuen digitalen Kompetenzen nicht durch Import von „Digitalen Wanderarbeitern“, sondern durch Weiterbildung von in der Schweiz bereits wohnhaften Fachleuten erfolgen kann. Dadurch entsteht eine Weiterbildungskaskade, die alle (auch die nicht-digitalen) Sektoren erfasst, sodass auch die „Digitalen Verlierer“ wieder Anschluss in der Arbeitswelt finden können.
- Entwicklung von Konzepten, die sicherstellen, dass die „Digitalen Verlierer“ **gesellschaftlich integriert** bleiben, indem sie besondere Weiterbildungsangebote und Coaching-Prozesse erhalten können.
- Entwicklung von **gesellschaftlichen Kohäsionskonzepten** jenseits der Vollbeschäftigung: Es ist absehbar, dass die Effizienzgewinne mittelfristig so gross sein werden, dass der soziale Frieden und der breitgestreute Wohlstand, die heute auf dem Konzept der Vollbeschäftigung basieren, nicht aufrecht erhalten werden können. Hier ist intellektuelle Vorarbeit nötig – von unserer Partei aber auch von den anderen Gesprächspartnern.
- Förderung des **fairen Kapitalzugangs** für Startups, Gemeinschaftsunternehmen, Verhinderung von steuerlichen Benachteiligungen: Die Schweiz gehört zu den weltweit führenden Nationen im Hervorbringen von Start-ups – nur Israel ist (und zwar um den Faktor 5) besser. Allerdings schafften es schweizerische Start-ups bisher nie, dank genügendem Venture-Kapital in die Klasse der Einhorns aufzusteigen (global erfolgreiche Firmen) – sie werden meist von amerikanischen Firmen (sehr billig) gekauft. Dies führt dazu, dass mittelfristig die Arbeitsplätze – und die Wertschöpfung – in andere Länder abwandern, d.h. dass der Arbeitsplatz-Schaffungseffekt in der Schweiz viel tiefer ist, als er eigentlich sein könnte. Die Lösung dafür kann nur sein, dass in der Schweiz Venture-Kapital in viel grösserem

Ausmass und zu ähnlichen Start-up-freundlichen Konditionen zur Verfügung stehen muss, wie in den USA, UK, Israel, etc.

- Entwicklung **neuer Mitwirkungskonzepte** – Konzept eines „Digitalen Arbeitsfriedens“, das die Sozialpartner aushandeln müssten: Förderung des Strukturwandels bei gleichzeitigem Ausbau der Mitwirkungsrechte.
- Entschiedener **Ausbau der Digitalen Forschungs- und Innovationsförderung** im Hochschul- und Fachhochschul-Bereich – eventuell Gründung eigener Förderungsinstitutionen. Innovative Firmen sind auf ein fachliches Gegenüber an den Hochschulen angewiesen, das wissenschaftlich auf Augenhöhe ist, was heute in vielen Bereichen noch nicht der Fall ist. Wir haben einen grossen Nachholbedarf, der nur durch gezielte Ausbauprogramme rechtzeitig befriedigt werden kann.
- Massiver **Ausbau / Neubau der Digitalen Innovationsförderung im KMU-Bereich** – die Digitalisierung und die digitalen Innovationen werden heute weitgehend von den innovativen KMU und Start-ups getrieben und nicht von den Hochschulen – aber heute werden nur Hochschul-Forscher unterstützt, wobei obwohl ein Grossteil der digitalen Innovationen in den Start-ups und innovativen KMU stattfindet und diese den Hochschulen fachlich um Jahre voraus sind. KMU und Start-ups Diese können leider von der heutigen Innovationsförderung praktisch nicht profitieren – ganz anders in den USA, in Israel, aber auch in Deutschland. Wir brauchen wohl eine eigene Förderungsinstitution, die Innovationen dort fördert, wo die besten Fachleute sitzen – auch in den KMU und den Start-ups und nicht nur in den Hochschulen.

August 2017